**Informationen gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679**

Im Sinne von Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 (nachstehend auch die „Verordnung“) erteilt die Agentur für Staatsgüter (nachstehend auch die "Agentur" oder der „Verantwortliche“) hiermit in ihrer Eigenschaft als Verantwortlicher Informationen über die Zwecke und Methoden der Verarbeitung der von den Teilnehmern an diesem Verfahren bereitgestellten personenbezogenen Daten.

Die von den betroffenen Personen durch das Ausfüllen der vom Verantwortlichen vorbereiteten Formulare und die Vorlage der von ihm verlangten Unterlagen bereitgestellten personenbezogenen Daten werden von der Agentur ausschließlich zum Zweck der Erledigung der mit diesem Verfahren verbundenen Obliegenheiten verarbeitet.

Die Bereitstellung der Daten ist obligatorisch, d.h. der Wirtschaftsteilnehmer muss bei sonstigem Ausschluss die verlangten Erklärungen abgeben, wenn er am Verfahren teilnehmen will.

Die bereitgestellten Daten werden von der Agentur gemäß den Bestimmungen der Verordnung und insbesondere mit Hilfe manueller, computergestützter und telematischer Instrumente sowie unter Einsatz einer eng mit den bereits erwähnten Zwecken verbundenen Logik auf rechtmäßige und korrekte Weise unter Einhaltung des Grundsatzes der Datenminimierung verarbeitet.

Diese Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Erreichung der Zwecke, für die sie bereitgestellt wurden, unbedingt erforderlich ist, und anschließend für die Erfüllung der mit diesem Verfahren verbundenen und sich daraus ergebenden rechtlichen Verpflichtungen.

Die Agentur führt keine automatisierten Entscheidungsfindungsprozesse durch und erstellt keine Profile der betroffenen Personen.

Die Daten können anderen Behörden und öffentlichen Verwaltungen zur Ausführung ihrer Anordnungen und zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen mitgeteilt werden, sofern solche vorgesehen sind. Außerdem können die vorab vom Verantwortlichen ermächtigten und entsprechend eingewiesenen Mitarbeiter der Agentur ausschließlich für die mit dem Verfahren verbundenen Zwecke davon Kenntnis erlangen.

Die Agentur kann auch die Unterstützung externer Unternehmen in Anspruch nehmen, die vorab zu Auftragsverarbeitern i.S.v. Art. 28 der Verordnung benannt wurden. In allen anderen Fällen werden die personenbezogenen Daten nicht an Dritte weitergegeben oder übermittelt. Darüber hinaus werden sie weder an Drittländer noch an internationale Organisationen weitergegeben.

In Anbetracht der besonderen Bedeutung des gegenständlichen Verfahrens kann die Agentur die in Artikel 10 der Verordnung vorgesehenen Informationen über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherungsmaßregeln (s.g. Gerichtsdaten) verarbeiten, wobei die Verarbeitung dieser Daten unter Einhaltung der Rechtsvorschriften uneingeschränkt gewährleistet wird.

Die betroffenen Personen können von ihrem Recht Gebrauch machen, von dem Verantwortlichen Auskunft über sie betreffende personenbezogene Daten und deren Berichtigung oder Löschung oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten zu verlangen oder der Verarbeitung selbst zu widersprechen (Artikel 15 ff. der Verordnung). Entsprechende Anträge können an die Agentur für Staatsgüter, Verantwortlicher, am Sitz in Via Barberini Nr. 38 – 00187 Rom, gerichtet werden oder an den Datenschutzbeauftragten, der seinen Sitz an derselben Adresse hat und unter folgender E-Mail-Adresse erreichbar ist: demanio.dpo@agenziademanio.it

Betroffene Personen, die der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch die Agentur für Staatsgüter gegen die Bestimmungen der Verordnung verstößt, können gemäß Artikel 77 der Verordnung eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einlegen oder gerichtliche Schritte einleiten (Artikel 79 der Verordnung).

**Gelesen, bestätigt und mit digitaler Unterschrift versehen**